BUND magazin
BUND
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
03 24

BITTERES AUS FÜR NATIONALPARK EGGE

Aktuelles: Landeswasserstrategie

Mobilitäts-Aktion: Hindernis des Tages

albert Niemeyer-Lüllwitz

NATIONALPARK EGGE

Verpasste Chance

Die Bürgerentscheide für einen Nationalpark Egge sind gescheitert. Jetzt muss die Landesregierung den Natur- und Artenschutz anderweitig sicherstellen.

Günther Bockwinkel

Das Eggebirge ist naturschutzfachlich besonders für einen Nationalpark geeignet. Jetzt muss die Natur als Wildnisgebiet geschützt werden.

Eine Mehrheit in den Kreisen Höxter und Paderborn hat einen Nationalpark Egge abgelehnt. In Höxter stimmten 66,1 Prozent der Wahlberechtigten mit "Nein", in Paderborn waren es 55,1 Prozent. Während die Nationalpark-Befürworter*innen sachlich argumentierten, startete die CDU eine vehemente Anti-Nationalpark-Kampagne.

Groß war die Enttäuschung des BUND und seiner Verbündeten als die Ergebnisse verkündet wurden. Das Bündnis „Wildschön - Ja zum Nationalpark Egge“ hatte die Bürgerentscheide auf den Weg gebracht und mit einer wochenlangen engagierten Informationsarbeit für die Chancen eines Nationalparks geworben. Mit einem aggressiven Wahlkampf und Parolen wie „Nehmt uns nicht die letzten Freiheiten“ hatte die CDU dagegen gehalten - und dies, obwohl sie als Regierungspartei einen zweiten Nationalpark auf den Weg bringen wollte. Und kein Gebiet ist dafür besser geeignet als das Eggegebirge. "Wir respektieren das Ergebnis, kritisieren aber, dass von einem fairen Verlauf nicht gesprochen werden kann“, kommentierte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht den Ausgang der Bürgerentscheide. Die Landesregierung müsse jetzt als Konsequenz den Einsatz gegen das Artensterben verstärken und im Staatswald der Egge genauso wie in anderen Teilen von NRW weitere Wildnisgebiete ausweisen.

LANDESREGIERUNG MUSS LIEFERN

Nach BUND-Auffassung darf die Landesregierung solch grundlegende Entscheidungen nicht den lokalen Interessen ausliefern. „Wir erwarten jetzt von der Landesregierung Antworten, wie die in internationalen Verträgen und im Koalitionsvertrag verankerten Naturschutzziele umgesetzt werden sollen“, sagte Landesvorstandsmitglied Adalbert Niemeyer-Lüllwitz. Nordrhein-Westfalen hat sich zum Beispiel verpflichtet, 2 Prozent der Landesfläche als Wildnisgebiet auszuweisen. Derzeit liegt deren Anteil allerdings nur bei 0,28 Prozent. Wildnisgebiete sind ausreichend große, weitgehend unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete, die dazu dienen, einen vom Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten.

Auch von dem in der Biodiversitätsstrategie des Landes verankerten Ziel, 5 Prozent der Waldflächen einer natürlichen Entwicklung zuzuführen, sind wir noch weit entfernt. "Mit einem Nationalpark Egge hätte es einzigartige Chance für mehr Natur und Artenschutz in Ostwestfalen gegeben", so Niemeyer-Lüllwitz. "Diese wurde verpasst. Jetzt muss die Landesregierung anderweitig liefern. Die über 10.000 Hektar Staatswaldflächen der Egge eignen sich ebenso wie Wälder in anderen Regionen von NRW für eine Ausweisung als Wildnisgebiete“.

Das Ergebnis der Bürgerentscheide ist umso bitterer, als das EU-Parlament gleichzeitig das EU-Renaturierungsgesetz verabschiedet hatte. 20 Prozent der Land- und Seeflächen in der EU sollen danach bis 2030 renaturiert werden - bis 2050 umfasst das zusätzlich alle gefährdeten Ökosysteme. Auch deshalb ist klar: Mit dem "Nein" zu einem Nationalpark Egge wurde noch nicht das letzte Wort gesprochen.

A. Niemeyer-Lüllwitz

Mit einer massiven Angst-Kampagne hat die CDU die Bürgerentscheide begleitet.

BRAUNKOHLENTAGEBAUE

See-Fantasien

Nach Tagebauende im Jahre 2030 sollen die Braunkohlegruben zu gigantischen Seen entwickelt werden. Zur Befüllung der Löcher wird eine 45 Kilometer lange Rheinwasser-Pipeline geplant. Wer letztlich für das Wasser zahlt, ist unklar.

Ende Mai hat die Landesregierung die Sicherung einer gebündelten Trasse für die Rheinwassertransportleitung zur Befüllung der Restlöcher der Braunkohlentagebaue beschlossen. Nach der bereits 2020 erfolgten raumordnerischen Sicherung einer Trasse für die Garzweiler-Leitung, wird damit nun auch der Weg frei für die Pipeline zum Tagebau Hambach.

GIGANTISCHE SEEN OHNE GARANTIE

Über ein Entnahmebauwerk bei Dormagen sollen bis zu 18 Kubikmeter Wasser pro Sekunde dem Rhein entnommen und in die Braunkohlegruben bzw. Feuchtgebiete geleitet werden. Pro Jahr summiert sich dies auf etwa 340 Millionen Kubikmeter. Diese Menge entspricht in etwa dem Fünffachen des jährlichen Wasserverbrauchs der Stadt Düsseldorf. Die Hoffnung ist, dass die Restseen 40 Jahre nach Tagebauende ihren geplanten Endwasserspiegel erreichen. Mit einem Volumen von 4,3 (Hambach) bzw. 1,5 Milliarden Kubikmetern (Garzweiler) würden die Braunkohleseen nach dem Bodensee zu den größten Seen Deutschlands gehören.

Unklar ist neben vielen ökologischen Fragen bislang auch, wer für die Wasserentnahme zahlt. Nach dem Wasserentnahmeentgeltgesetz NRW (WasEG) erhebt das Land für das Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern ein Entgelt in Höhe von 5 cent/m³. Die Einnahmen dienen der Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie wie etwa der Renaturierung von Fließgewässern. Allerdings gibt es Hinweise, dass sich RWE vor der Zahlung des Wassercents drücken will. Deshalb forderte der BUND die Landesregierung auf, die RWE Power AG „ohne Wenn und Aber" zur Zahlung des Wasserentnahmeentgelts heranzuziehen. „Über Jahrzehnte hinweg hat die RWE Power AG durch das Abpumpen von Grundwasser den Gewässerhaushalt in der Niederrheinischen Bucht zerstört. Die geplanten Reparaturmaßnahmen sind wiederum mit weiteren massiven Eingriffen verbunden. Da ist es das Mindeste, dass der Verursacher dafür auch zur Kasse gebeten wird", sagte Dirk Jansen, NRW-Geschäftsleiter des BUND. Damit könnten jährlich etwa 17 Millionen Euro für Maßnahmen des Gewässerschutzes gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie gewonnen werden.

Daneben bereitet dem BUND aber auch Sorge, welche Auswirkungen die Rheinwasserentnahme auf das Ökosystem Rhein haben wird. Abschließende Prüfungen stehen noch aus. Angesichts der Vielzahl an Schadstoffen im Rhein muss zudem vor einer weiteren Verwendung eine Reinigungsstufe zwischengeschaltet werden. Diese darf nicht an der Kostenfrage scheitern.

Ob die See-Fantasien tatsächlich Realität werden, bleibt offen. Klar ist, dass die wasserwirtschaftlichen Folgen der Braunkohlennutzung die Region noch hunderte Jahre belasten werden.

Mehr zum Thema
www.bund-nrw.de/rheinwassertransportleitung

Vom Tagebauloch zum Freizeitsee: Die Politik träumt von Urlaubslandschaften im Braunkohlen-Revier.

KLIMAWANDEL

Eine Strategie für das Wasser

Die Wasserwirtschaft in NRW soll in Zeiten des Klimawandels zukunftsfähig aufgestellt werden. Doch viele Punkte sind noch offen.

Im Juni fand im NRW-Umweltministerium die Auftaktveranstaltung zur Entwicklung der Landeswasserstrategie statt. Rund 150 Teilnehmende aus Landtag, Regierung- und Verwaltung, Wasserversorgungsunternehmen und -verbänden sowie Umweltvereinen wirkten mit. Der BUND war durch die Expert*innen des Landesarbeitskreises Wasser gut vertreten.

Ziel der Landesregierung ist es, eine *Zukunftsstrategie Wasser H_2O-NRW* zu entwickeln, die den Herausforderungen des Klimawandels Rechnung trägt. "Erwartungsgemäß trafen sehr unterschiedliche Sichtweisen und Interessen aufeinander", sagte Landesarbeitskreis-Sprecher Kurt Eggeling zum Auftakt. Er hofft aber, dass die Diskussion dazu führt, eine Wasserstrategie aufzusetzen, die der Bedeutung von Wasser als Lebensraum, in der Landschaft und als Ressource angemessen berücksichtigt.

AUFBRUCHSTIMMUNG TROTZ VIELER FRAGEN

Auch Monika Raschke vom Sprecher*innenteam des Landesarbeitskreises zog ein verhalten optimistisches Fazit: „Die positive Aufbruchstimmung steckte auch Skeptische an. Dennoch gibt es ungeklärte Fragen." So sei die Einbindung anderer Regierungs-Ressorts offen. Ohne Land- und Forstwirtschaft, Landesplanung und Städtebau blieben viele Arbeitsergebnisse beschriebenes Papier, so die Wasserexpertin. Sie erwartet ein transparentes Vorgehen mit ausführlicher Dokumentation für die Öffentlichkeit.

Auch beim Thema der Hochwasser- und Starkregenvorsorge sieht der BUND noch Defizite. "Bei Regional- und Bebauungsplänen bleiben Starkregen- und Hochwasserrisikokarten oft außen vor", kritisierte Angelika Horster. Häuslebauer*innen und Investoren hätten oft keine Kenntnis von Überschwemmungsgefahren und würden von Extremwetterereignissen überrumpelt. Horster forderte, dass in der Landeswasserstrategie die Einbeziehung dieser Karten verbindlich geregelt wird.

WASSER UND ARTENSCHUTZ SIND UNTRENNBAR

Die BUND-Expert*innen stellten fest, dass beim Entwurf der Wasserstrategie wichtige Gesichtspunkte wie die Verpflichtungen aus dem Montreal-Übereinkommen zur Biodiversität unberücksichtigt blieben. Dieses verlangt, dass die biologische Vielfalt erhalten werden soll, und zwar auch durch den Schutz und die Wiederherstellung von Landflächen. Das funktioniert aber nur mit einem ausreichenden Wasserdargebot.

In mehreren Workshops sprachen Teilnehmende auch den lückenhaften Wasserdatenbestand an. Sie forderten, Datenquellen zusammenzuführen und öffentlich einsehbar zu gestalten. Auch die Ziele der Landeswasserstrategie sollten messbar und verbindlich formuliert werden. Ein weiterer Verbesserungsvorschlag bezog sich auf die Finanzierungsfrage und auf fehlende Nachhaltigkeitsgesichtspunkte.

Mehr zum Thema
www.bund-nrw.de/wasser

MOBILITÄT

Hindernis des Tages

Aktive von BUND und SoVD zeigen Falschparkenden die rote Karte und fordern barrierefreie Wege für alle.

Dario Dellmann

MARINA FALKE
Referentin für zukunftsfähige Mobilität

Parkende Autos auf Gehwegen sind nicht nur ein Ärgernis, sondern auch ein Sicherheitsrisiko. Besonders Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Eltern mit Kinderwagen und ältere Personen leiden unter den blockierten Wegen.

Eine gemeinsame Kampagne der NRW-Landesverbände von BUND und Sozialverband Deutschland (SoVD) rückt dieses Problem in den Fokus der Öffentlichkeit. Den Startschuss der Kampagne bildete eine gemeinsame Aktion in Düsseldorf, bei der ein falschparkendes Auto gut sichtbar markiert und dekoriert wurde. Dadurch symbolisierten wir, wie viel Raum in der Stadt durch Pkw eingenommen wird und welche Probleme die oftmals „nur kurz" abgestellten Fahrzeuge für Radfahrende und Fußgänger*innen darstellen.

BREMER KLAGE VOR HÖCHSTEM GERICHT

Hintergrund der Aktion ist eine Klage von fünf Bürger*innen, welche vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig gegen die Stadt Bremen geklagt hatten. Die Kläger*innen hatten sich gegen das unzureichende Vorgehen der Stadt beim Verhindern von Falschparkenden in ihrer Straße gewandt. Das Urteil war eindeutig und gibt Anwohnenden nun deutschlandweit das Recht, auf einer Prüfung durch die Straßenverkehrsbehörde zu bestehen, wenn Gehwege durch Hindernis-Autos blockiert sind. Die Behörden dürfen solche Verstöße jetzt nicht mehr einfach ignorieren. Das Urteil stellt einen Präzedenzfall und einen wichtigen Schritt zur Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmenden dar. Allerdings bleibt der Anspruch auf freie Geh- und Radwege auf die direkte Wohnumgebung beschränkt, was bedeutet, dass nur Anwohnende auf ihrer eigenen Straßenseite eine Prüfung verlangen können. Betroffene, die nicht direkt an der beeinträchtigen Straße wohnen, können diesen Anspruch nicht geltend machen. Die Verbände sind sich einig, dass Geh- und Radwege unabhängig vom Wohnsitz stets frei benutzbar sein sollten.

PROTESTKARTEN ALS DENKANSTOSS

Um allen Betroffenen eine Möglichkeit zu geben, Falschparkende auf ihr Fehlverhalten aufmerksam zu machen, haben BUND und SoVD passend zur Aktion in Düsseldorf eine Protestkarte produziert. Diese kann Hindernis-Fahrzeugen schnell und einfach unter die Scheibenwischer geklemmt werden. Vielleicht liefert das den notwendigen Denkanstoß, nicht mehr rücksichtlos die Wege anderer Verkehrsteilnehmender zu blockieren - oder noch besser, das Auto gar nicht mehr zu benutzen und direkt auf den öffentlichen Nahverkehr, das Zufußgehen oder das Rad umzuschwenken. Denn lebenswerte und sichere Innenstädte werden nur mit einem Wechsel weg von privaten Pkw und hin zum Umweltverbund, dem öffentlichen Nahverkehr sowie Sharing- bzw. Mitfahrangeboten erreicht. Das vom BVerwG gefällte Urteil gibt Anlass dazu, die Stadtflächen für alle Verkehrsteilnehmenden fair zu verteilen, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr insbesondere in den Innenstädten auszubauen und die langjährige Bevorzugung des Autos aufzugeben.

MITMACHEN

Sagen auch Sie Falschparkenden Ihre Meinung: Bestellen Sie unsere Postkarten und lassen Sie Falschparkende freundlich aber bestimmt wissen, dass sie im Weg stehen. Einfach Mail mit der gewünschten Lieferadresse und Stückzahl schicken an: marina.falke@bund.net

Dirk Jansen

Sven Lorenz, Vorstandsvorsitzender der Milcherzeugergemeinschaft Hessen w.V. (l.) und Karin Artzt-Steinbrink, Geschäftsführung Upländer Bauernmolkerei (r.) trafen sich mit dem BUND-Landesvorstand.

UPLÄNDER BAUERNMOLKEREI

Weidemilch ist Klimaschutz

Der BUND in NRW arbeitet seit vielen Jahren mit der Upländer Bauernmolkerei zusammen. Die Milch aus Weidehaltung ist ein Beitrag für mehr Biodiversität und Klimaschutz.

Weidegang ist gut für Tiere, Klima und Biodiversität in unserer Kulturlandschaft, denn beweidetes, extensiv genutztes, artenreiches Grünland speichert deutlich mehr klimaschädliches Kohlendioxid im Boden als oft gemähte und gegüllte Massenertragswiesen mit nur noch wenigen Grasarten.

Doch leider stehen Milchkühe heutzutage auch im Sommer oft im Stall, schlimmstenfalls in Anbinde-Haltung. Dabei ist eine nachhaltigere Milchproduktion machbar, die Kühen Weidegang ermöglicht.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die durchschnittliche jährliche Milchleistung durch Zucht und Futteroptimierung von 4.700 Liter auf 8.500 Liter fast verdoppelt. Kühe können diese enormen Milchmengen von durchschnittlich 27 Litern täglich nur erzeugen, wenn sie dafür viel Kraftfutter erhalten. Bei einer ausschließlichen Grasfütterung würde die Milchmenge zwar deutlich sinken - um die Hälfte. Auch die produzierte Fleischmenge ginge deutlich zurück. Da aber keine Futterpflanzen mehr angebaut würden, stünden in Deutschland 2,4 Millionen Hektar zusätzlich zur Verfügung, auf denen bisher Mais und anderes Ackerfutter für Kühe und Mastrinder wachsen. Auf diesen Flächen könnten direkt Nahrungsmittel für den Menschen angebaut werden. So ließen sich zweieinhalb bis dreieinhalb Mal mehr pflanzliches Protein erzeugen, als an tierischem Protein durch die Reduktion von Milch- und Fleischproduktion wegfiele. Die oft von der industriellen Landwirtschaft genannte Herausforderung, die Menschheit ernähren zu müssen, ist mit dieser extensiven Weidenutzung also am besten zu erreichen. Der Ausstoß von Treibhausgasen würde um ein Drittel abnehmen, da ein Großteil des Anbaus von Tierfutter – besonders auch in ehemaligen Regenwaldgebieten - eingespart würde.

Klaus Brunsmeier

DIE "WILDKATZENWÄLDER VON MORGEN" BRAUCHEN SIE!

Sie besitzen eine Waldfläche etwa 500 m entfernt von der Siedlung im Oberbergischen Land oder im Kreis Olpe und Hochsauerlandkreis? Sie haben Interesse etwas für den Wald der Zukunft auch im Sinne der Natur zu tun? Dann sprechen Sie uns an!

Mit dem Projekt "Wildkatzenwälder von morgen" optimieren wir die Wildkatzenlebensräume.

KONTAKT UND INFOS
www.bund-nrw.de/wildkatzenwaelder

In Nordrhein-Westfalen gibt es riesige Bereiche, auf denen die Fichten aufgrund von Trockenheit und Borkenkäferbefall komplett abgestorben sind. Die BUND NRW Naturschutzstiftung will daraus "Urwälder von morgen" machen.

Als Reaktion auf das Forststerben pflanzen die Eigentümer*innen häufig mit großem Aufwand und hohen Kosten wieder Bäume nach, die teilweise nicht einmal standortheimisch sind. Es darf mit Recht bezweifelt werden, dass damit dauerhafte stabile Ökosysteme entstehen, ganz zu schweigen von der Frage nach der Rentabilität. Die Situation bietet jedoch auch Chancen, auf den sogenannten Kalamitätsflächen mit wenig Aufwand tatsächlich resiliente neue, zukünftige „Urwälder" entstehen zu lassen, die gleichzeitig auch einen besonderen naturschutzfachlichen Wert entwickeln.

Die BUND NRW Naturschutzstiftung sichert solche Kahlschlag- und Borkenkäferflächen dauerhaft durch Ankauf und überlässt sie dann weitgehend ihrer eigendynamischen Entwicklung. Verkehrsgefährdende Bäume werden selbstverständlich gefällt, aber auf der Fläche belassen. So bleibt dort viel Strukturvielfalt und Windschutz erhalten, und der Boden kann bestmöglich Feuchtigkeit halten und weiterhin aufnehmen. In der Regel wachsen bereits nach kurzer Zeit erste Pionierbäume auf. Über Naturverjüngung entsteht nach und nach ein natürlicher vielfältiger und widerstandsfähiger Wald mit allen für die Artenvielfalt und die Bodengesundheit wichtigen Zwischenphasen. Pflege oder Durchforstung wie in Wirtschaftsforsten ist normalerweise nicht notwendig. Bäume, die aus Samen am Standort aufgewachsen sind, entwickeln zudem ein deutlich stärkeres Wurzelsystem als beschnittene Pflanzen aus den Baumschulen. Damit sind sie von Anfang an klimastabiler als Pflanzware.

Wenn Sie also Kalamitätsflächen besitzen und zu einem Teil eines neuen Urwaldes von morgen machen möchten, freuen wir uns auf Ihre Rückmeldung, ein Verkaufsangebot oder eine steuerlich absetzbare Spende.

IHR ANSPRECHPARTNER
Jochen Behrmann
T. 0211 30 200 5-14
jochen.behrmann@bund.net

BILDUNG FÜR DIE UMWELT

Insgesamt 16 Umweltbildner*innen durchliefen erfolgreich die BUND-Fortbildungsreihe.

In der 10-monatigen Fortbildungsreihe „Umweltpädagogik - BUND-Umweltbildner:innen - gemeinsam nachhaltig in die Zukunft" erlernten Aktive aus dem Verband, Umweltbildungsangebote zu planen und umzusetzen.

Konzipiert und geleitet wurde die Fortbildung von Kristin Mindemann (BUND & BUNDjugend Bildungszentrum Marienhof Hagen) und Mo Hilger (NaturErlebnis-Werkstatt BUND Aachen-Land).

Die Fortbildungsreihe umfasste 10 Onlinemodule, die sich mit den Inhalten der JugendLeiterCard befassten. Im Rahmen von fünf Präsenz-Wochenenden wurden Methoden zu verschiedenen Themen gelernt und erprobt: Lebensraum Streuobstwiese, Wald - analog und digital, Gewässer, Natur mit allen Sinnen sowie die Welt der essbaren Wildkräuter. Zum Abschluss erarbeiteten die Teilnehmenden jeweils ein dreistündiges Praxisprojekt zum Thema Natur.

Mit dem Abschluss wurden nun 16 Aktive verschiedener Kreis- und Ortsgruppen als BUND-Umweltbildner*innen ausgezeichnet. Mit dieser Qualifizierung sind sie befähigt, Kinder- und Jugendgruppen zu leiten und achtsam und nachhaltig in der Natur unterwegs zu sein.

Mehr zum Thema
www.marienhof-hagen.de

Sie sorgten für ungewohnte Klänge (v.l.): Birgit Lutzer, Anette Klee, Bernhard Winter und Lydie Römisch.

LYRIK MIT HARFENKLÄNGEN

Umweltlyrik in Verbindung mit Harfenklängen - das Angebot der BUND-Kreisgruppe Gütersloh lockte zahlreiche Gäste in den Hexenbrink in Steinhagen.

Aus dem bayerischen Markt Schwaben angereist war Autor Bernhard Winter. Seine Gedichte sind als Bücher erschienen, wurden mit Preisen bedacht und vertont. Sein Markenzeichen sind kurze Texte und Spiele mit Buchstaben. Sein wichtigstes Anliegen ist, sich Unrecht zu widersetzen. Eines seiner Gedichte lieferte das Veranstaltungsmotto „Wild doch mir nah war". Das wohl weltweit kürzeste Gedicht trägt den Titel „Nein" und als Strophe das Wort „Doch". Winter: „Viele von uns haben ein Nein als Überschrift ihres Lebens. Wir hören, was wir alles nicht können und lassen sollen." Dagegen setze er ein klares „Doch".

Auch Klimapoetin Anette Klee aus Gütersloh rüttelt mit ihren Texten die Menschen auf. Über ihren Antrieb, ihre Botschaften in Gedichte zu fassen, sagte sie: „Ich sehe jeden Tag, wie Menschen die Natur weiter zerstören, obwohl der Klimawandel bei uns allen angekommen ist." Eindringlich beschrieb sie etwa in „Sommer 2035" eine heiße, trockene Zukunft, in der nichts mehr gegen die weltweite Umweltkatastrophe getan werden kann. Sie mahnte: „Noch können wir handeln, und wir wissen auch, was zu tun ist."

Die Bielefelder Harfenistin Lydie Römisch begeisterte das Publikum mit Stücken aus alten Zeiten und verschiedenen Ländern. Nach einem musikalischen Ausflug ins Mittelalter und die Renaissance überraschte sie die Gäste mit einer Flamenco-Einlage. Kreisgruppen-Vorstandsmitglied Birgit Lutzer führte als Moderatorin durch den Nachmittag. „Mit dieser Veranstaltung sind wir einen neuen Weg gegangen, um Menschen auf Umweltthemen anzusprechen. Den Rückmeldungen der Gäste zufolge ist uns das gelungen."

AKTIV AUF INSTAGRAM

Der BUND NRW setzt auf Instagram den Umwelt- und Naturschutz ins Bild.

Werden Sie Follower von **@bund_nrw**

TERMINE

Fr. 30.08. ab 13 Uhr	**6. Entwicklungskonferenz im Rheinischen Revier "Räume für nachhaltige Entwicklungen",** Erkelenz
Mi. 04.09. 18:30 Uhr	**Vortrag: Der Gartenschläfer - die unbekannte Schlafmaus in unseren Gärten,** Online
Sa. 07.09. 9:30 Uhr	**Überlebenskünstler im Pleisbachtal: Moos- und Flechtenexkursion** BUND Wiesen- und Weidezentrum, Sankt Augustin
Do. 26.09. 19 Uhr	**Neueinsteigertreffen** Alte Feuerwache, Köln
Fr. 27.09. 14 Uhr	**Faktencheck Wolf** NUA NRW, Recklinghausen

Anmeldung und weitere Infos zu den Veranstaltungen sowie weitere Termine: **www.bund-nrw.de/termine**

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • Redaktion und Gestaltung: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • Auflage: 24.100 • Druck und Versand: Evers-Druck GmbH, Meldorf • BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2024. © BUND NRW e.V., August 2024